

unsere Erfolge gewürdigt. Darüber freuen wir uns natürlich. Er hat aber auch mit Recht auf die Mängel in der ambulanten, insbesondere zahnärztlichen Versorgung hingewiesen. Und Zahnschmerzen tun ja bekanntlich weh.

Trotz großer Anstrengungen der Mitarbeiter des Gesundheitswesens ist es uns noch nicht gelungen, die ambulante Versorgung, ein Hauptglied der medizinischen Betreuung unserer Bürger, überall so zu gestalten, daß der Patient ohne längere Wartezeiten mit hohem medizinischem Können untersucht und behandelt wird und, wenn notwendig, mit allen Unterlagen und Untersuchungsergebnissen, das heißt bereits vorbereitet, zur stationären Aufnahme kommt. Dadurch könnten in vielen Fällen Doppeluntersuchungen vermieden und Zeit sowie Material eingespart werden. Vor allem aber würde der Bürger weniger belastet.

Allein die Durchführung dieser Maßnahmen, die eine wissenschaftlich fundierte, abgestufte und ausgewogene ambulante Diagnostik und Behandlung beinhaltet, würde nach meiner Einschätzung die Effektivität der medizinischen Betreuung um 20 Prozent steigern. Das erfordert von uns, ausgehend von den vorliegenden guten Erfahrungen, die Zusammenarbeit der ambulanten und stationär-medizinischen Einrichtungen wesentlich zu verbessern.

Dazu gehört auch die Herstellung richtiger Proportionen zwischen der wachsenden Zahl der Ärzte und der heute noch unzureichenden Anzahl von Schwestern und Hilfspersonal sowie den ambulanten Arbeitsplätzen und - wenn ich das so sagen darf - unseren „Zulieferbetrieben“; das bedeutet weiteren Ausbau leistungsfähiger Labor- und Röntgeneinrichtungen für die Ambulanz.

Sosehr es in diesem Zusammenhang richtig ist, von den Leitern der Gesundheitseinrichtungen mit allem Nachdruck die ständige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen ihrer Mitarbeiter zu verlangen, möchte ich doch darauf hinweisen, daß ohne die Hilfe der örtlichen Staatsorgane, wie sie vielerorts schon besteht, das Wohnungsproblem der Mitarbeiter des Gesundheitswesens nicht gelöst werden kann.

Auch deshalb unterstütze ich sehr die Zielstellung des Entwurfs der Direktive des Zentralkomitees der SED zum Fünfjahrplan bis 1975, eine halbe Million Wohnungen zu schaffen.

Wir hoffen natürlich, daß dabei auch einige Wohnhäuser dem Gesundheitswesen zugute kommen.

Manchen Mitarbeitern der örtlichen Staatsorgane möchte ich auch ans